

kalunion gesucht. Dazu haben wir eine Reihe von Optionen entwickelt, wie fiskalische Handlungsspielräume bereits im Rahmen des bestehenden Regelwerks erweitert werden könnten, also ohne, dass dazu z. B. der äußerst steinige Weg einer Reform der europäischen Verträge beschritten werden müsste. Kern unseres Vorschlages ist, die im SWP vorhandene Flexibilität für eine von der EZB flankierte, konjunkturstützende Fiskalpolitik deutlich stärker auszuschöpfen als bisher.

So sinnvoll die Vollendung der Währungsunion im Sinne einer weitreichenden Reform aus unserer Sicht wäre, so unwahrscheinlich erscheint sie aufgrund der im vorliegenden Beitrag identifizierten Reformblockaden. Aufgrund der zum Teil diametral entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Positionen muss man daher befürchten, dass das Ziel, die EWU rechtzeitig vor dem nächsten Wirtschaftseinbruch mit einem großen institutionellen Wurf krisenfest zu machen, nicht erreicht werden wird. Umso wichtiger wird es sein, pragmatische Alternativen zur umfassenden Euro-Reform zu verfolgen.

Die hier skizzierten Vorschläge hätten über größere politische Erfolgsaussichten hinaus eine Reihe weiterer Vorzüge gegenüber ambitionierten Reformprojekten. Erstens kommen sie ohne einen zusätzlichen supranationalen Institutionenaufbau aus. Damit würde angesichts der immer noch vorhandenen strukturellen demokratischen Defizite europäischen Regierens eine legitimatorische Überlastung europäischer Institutionen und Politiken vermieden werden.⁴³ Dadurch ließen sich auch offen ausgetragene Verteilungskonflikte vermeiden, die zu einer weiteren Spaltung zwischen den europäischen Mitgliedstaaten führen könnten. Zweitens ist in der gegenwärtigen politischen Konstellation praktisch ausgeschlossen, dass europäische Transferbudgets nicht direkt mit noch mehr Überwachung, Konditionalität und Interventionsrechten in die nationale Haushaltspolitik einhergingen. Drittens würde durch eine Erweiterung der fiskalpolitischen Gestaltungsspielräume auf nationaler Ebene die demokratische Qualität nationaler Politik erhöht werden – sie könnte wieder mehr bewegen.

Sollten die politischen EntscheidungsträgerInnen jedoch wie von 2010 bis 2013 auf einer engen Auslegung der Regeln und damit einer restriktiven Fiskalpolitik bestehen, wäre dies vermutlich das Ende der Währungsunion.

Anmerkungen

¹ Juncker et al. (2015).

² Siehe hierzu ausführlich die Beiträge in OeNB (2016).

³ Siehe hierzu und im Folgenden insbesondere Hein, Detzer (2015) und die dort angegebene Literatur. Während dort eher für dezentrale Lösungen plädiert wird, ist die vorgenommene Analyse aber letztlich instrumentell nicht festgelegt.

- 4 Hierzu gehören auch Überlegungen zu einem europäischen Insolvenzregime für Euro-länder (für eine kritische Analyse siehe Lindner 2019).
- 5 Gechert (2015).
- 6 Siehe hierzu ausführlich Truger (2015a, b).
- 7 Gräbner et al. (2018).
- 8 Für eine kritische Analyse des deutschen „Unterbewertungsregimes“ aus historischer Perspektive siehe Höpner (2019).
- 9 Schulten, Müller (2013).
- 10 Siehe hierzu beispielhaft Andor et al. (2018).
- 11 De Grauwe (2013); Stiglitz (2016).
- 12 Dieser Abschnitt ist in modifizierter Form aus Seikel (2018a) übernommen.
- 13 Schneider, Syrovatka (2019); Schimmelfennig (2015); Seikel (2018b); Hübner (2018).
- 14 Dies deckt sich mit den Befunden der neueren vergleichenden politökonomischen Forschung zu „*Growth Models*“ (Baccaro, Pontusson 2016; Hall 2018; Stockhammer 2016).
- 15 Matthijs, McNamara (2015); Schimmelfennig (2015).
- 16 Schimmelfennig (2015) 181f; Jones, Kelemen, Meunier (2016).
- 17 Siehe z. B. Schimmelfennig (2015).
- 18 Allerdings erscheint die verfolgte Reformstrategie nur als im langfristigen Interesse der Gläubigerstaaten, falls man eine neoklassisch-ordnungspolitische Sichtweise zugrundelegt. Aus keynesianischer Perspektive sind die sich ergebenden Institutionen dysfunktional und könnten zum Zusammenbruch der Währungsunion führen.
- 19 Seikel (2018b).
- 20 Scharpf (1988, 1997, 1999).
- 21 Für einen Überblick über die Reformdebatte siehe Schneider, Syrovatka (2019).
- 22 Frankfurter Allgemeine Zeitung (3.6.2018): Kanzlerin Merkel im Gespräch: „Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen“ (www.faz.net/aktuell/politik/inland/kanzlerin-angela-merkel-f-a-s-interview-europa-muss-handlungsfahig-sein-15619721.html; Stand: 13.3.2019).
- 23 Europäische Kommission (2017).
- 24 Karras (2018).
- 25 Bundesregierung (2018).
- 26 Dazu sind im EWS zwei Kreditlinien vorgesehen: die Precautionary Conditioned Credit Line (PCCL) und die Enhanced Conditions Credit Line (ECCL).
- 27 Dazu gehören die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Malta, Irland, Estland, Lettland und Litauen (Süddeutsche Zeitung vom 22.6.2018: „Proteste gegen deutsch-französische Euro-Pläne“).
- 28 Die Vorschläge dieses Abschnitts gehen auf Truger (2015a,b, 2016) zurück.
- 29 Siehe hierzu ausführlich Seikel (2016).
- 30 EU-Kommission (2015) und EU-Rat (2015).
- 31 Der strukturelle Budgetsaldo stellt den von der EU-Kommission um Konjunktoreinflüsse und Einmaleffekte bereinigten staatlichen Budgetsaldo dar; beim entsprechenden Primärsaldo werden davon noch die Zinszahlungen auf die Staatsschuld abgezogen. Beide Salden werden von der EU-Kommission vom Jahr 2010 an veröffentlicht (s. Mourre et al. 2014).
- 32 Gechert (2015).
- 33 EU-Kommission (2015).
- 34 Siehe hierzu ausführlich Seikel (2016).
- 35 EU-Kommission (2008).
- 36 EU-Kommission (2015).
- 37 Klär (2014).
- 38 Truger (2016) 169.

- ³⁹ Die EU-Kommission hat dieses Problem längst eingestanden (Carnot, de Castro 2015), hat die Bereinigungsmethode mehrfach überarbeitet (Hristov et al. 2017) und zieht mittlerweile zusätzliche Indikatoren, die auf das Ausgabenwachstum abstellen, heran. Dadurch wird allerdings die Komplexität erheblich erhöht und das Grundproblem kaum gelindert.
- ⁴⁰ Truger (2016).
- ⁴¹ Truger (2017).
- ⁴² Timbeau et al. (2017).
- ⁴³ Siehe hierzu Mertens (2018).

Literatur

- Andor, Laszlo; et al., *Blueprint for a Democratic Renewal of the Eurozone* (2018); online: <https://www.politico.eu/article/opinion-blueprint-for-a-democratic-renewal-of-the-eurozone/>.
- Baccaro, L.; Pontusson, J., *Rethinking Comparative Political Economy: The Growth Model Perspective*, in: *Politics & Society* 44/2 (2016) 175-207.
- Bundesregierung: Erklärung von Meseberg: Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern (= Pressemitteilung 214, 19.6.2018, Berlin 2018); online: <http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-von-meseberg-1140536> (Stand 13.3.2019).
- Carnot, N.; de Castro, F., *The Discretionary Fiscal Effort: An Assessment of Fiscal Policy and Its Output Effect*, in: European Commission, *Economic Papers* no. 543 (Brüssel 2015).
- De Grauwe, P., *Design failures in the Eurozone – can they be fixed?* (= LSE „Europe in Question“ Discussion Paper Series, LEQS Paper No. 57/2013, London School of Economics and Political Science, London 2013).
- European Commission, *Communication from the Commission from to the European Council: A European Economic Recovery Plan* (= COM (2008) 800 final, Brüssel 2008).
- European Commission, *Making the Best Use of the Flexibility Within the Existing Rules of the Stability and Growth Pact* (= COM (2015) 12 final, Strassburg 2015).
- European Commission, *Annual Macro-Economic Database (Ameco)*, Winter (Brüssel 2019).
- European Council, *Commonly Agreed Position on Flexibility in the Stability and Growth Pact* (= 14345/15 LIMITE ECOFIN 888 UEM 422, Brüssel 2015); online: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14345-2015-INIT/en/pdf>.
- Europäische Kommission, *Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas: Ein Fahrplan* (= COM (2017) 821 final, Brüssel 2017).
- Gechert, S., *What Fiscal Policy Is Most Effective? A Meta-Regression Analysis*, in: *Oxford Economic Papers* 67/3 (2015) 553-580.
- Gräbner, C.; Heimberger, P.; Kapeller, J.; Schütz, B., *Structural change in times of increasing openness: assessing path dependency in European economic integration* (= ICAE Working Paper Series No., Linz 2018).
- Hall, P. A., *Varieties of Capitalism in Light of the Euro Crisis*, in: *Journal of European Public Policy* 25/1 (2018) 7-30.
- Hein, E.; Detzer, D., *Post-Keynesian Alternative Policies to Curb Macroeconomic Imbalances in the Euro Area*, in: *Panoeconomicus* 62/2 (2015) 217-236.
- Höpner, M., *The German Undervaluation Regime under Bretton Woods. How Germany Became the Nightmare of the World Economy* (= MPIfG Discussion Paper 19/1, Köln 2019).